

1 Antrag an die Mitgliederversammlung von Die Linke Neukölln am 16. November 2024

2

3 Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

4

5 **Anforderungen an und Selbstverständnis von Wahlbewerber:innen**

6

7 Die Mitgliederversammlung möge beschließen: Die Linke Neukölln tritt bei bevorstehenden Wahlen
8 zum Deutschen Bundestag, zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Neuköllner Bezirksverordne-
9 tenversammlung mit Kandidat:innen an, von denen sie die Akzeptanz und die Einhaltung folgender
10 Grundsätze im Wahlkampf und bei der Ausübung errungener Mandate erwartet:

11

12 **1.** Sowohl der Wahlkampf als auch die Ausübung des Mandats sollen nicht als Einzelkämpferin oder
13 Einzelkämpfer bestritten werden, sondern als Teil der Partei Die Linke. Positionierungen bestimmen
14 sich aus der Beschlusslage der Partei, insbesondere dem Parteiprogramm, den Wahlprogrammen für
15 Bund, Land und Bezirk und den Wahlstrategien. Bei neuen Entwicklungen ist die Mitgliederver-
16 sammlung und zwischen den Mitgliederversammlungen der Bezirksvorstand das entscheidende Gre-
17 mium. Wichtige Entscheidungen der Mandats- und Amtsträger:innen werden mit dem Bezirksvor-
18 stand beraten und abgestimmt. Zum Selbstverständnis der Mandatsträger:innen gehört es, dass sie bei
19 unüberbrückbaren Differenzen mit Parteigremien ihr Mandat zurückgeben und keinesfalls mit diesem
20 Mandat in eine andere Fraktion wechseln.

21

22 **2.** Mandatsträger:innen der BVV sollen die Hälfte der mandatsbezogenen finanziellen Einkünfte an
23 die Partei Die Linke Neukölln spenden. Über etwaige soziale Klauseln soll Einvernehmen zwischen
24 der Wahlbewerberin oder dem Wahlbewerber und dem Bezirksvorstand hergestellt werden. Bei an-
25 deren Mandaten und Ämtern, die in Vollzeit wahrgenommen werden, zum Beispiel im Deutschen
26 Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus oder als Stadträtin und Stadtrat, sollen zunächst die Rege-
27 lung von Bundes- bzw. Landesebene gelten.

28 Darüber hinaus soll an den Bezirksverband so viel gespendet werden, dass sich das verbleibende
29 Einkommen der Träger:innen von Mandaten und Ämtern in Vollzeit am durchschnittlichen Einkom-
30 men in Deutschland orientiert:

31

32 - Mitglieder des Deutschen Bundestags sollen mindestens 3000,- Euro,

33 - Mitglieder des Bezirksamtes (Stadträtin oder Stadtrat) sollen mindestens 2000,- Euro,

34 - Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses sollen mindestens 1000,- Euro und

35 - Mitglieder der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung sollen mindestens 500,- Euro

36

37 an den Bezirksverband spenden. Mitarbeiter:innen von Abgeordneten sollen in Anlehnung an den
38 Tarifvertrag der Partei Die Linke bezahlt werden. Der Bezirksvorstand soll regelmäßig die Vollstän-
39 digkeit der Abführungen prüfen und der Mitgliederversammlung darüber in geeigneter Weise berich-
40 ten. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe sollen ihn die Mandats- und Amtsträger:innen unterstützen.

41

42 **3.** Bei der möglichen Anmietung von Wahlkreisbüros sollen die Mandatsträger:innen das Einverneh-
43 men mit dem Bezirksvorstand suchen. Gleiches soll gelten für die Einstellung von Personal. Wenn
44 möglich, soll eine Abgeordnetengemeinschaft gegründet werden und das Personal kollektiv angestellt
45 werden, um individuelle Abhängigkeit zu vermeiden. Das dient dem Abbau von Hierarchien in den
46 Arbeitsstrukturen. Mögliche Büro- und Kostenpauschalen dürfen nicht als zweites Gehalt dienen. Sie
47 werden transparent und ausschließlich für politische Zwecke genutzt.

48

49 **4.** Alle Amts- und Mandatsträger:innen sollen aktiv in den Strukturen der Linken Neukölln, in den
50 Basisorganisationen und Arbeitsgemeinschaften der Linken Neukölln sowie am Projekt der Sozial-
51 sprechstunde teilnehmen. Zusätzlich erklären sie sich bereit, mit bis zu 10% ihrer Mandatsbeiträge
52 im Rahmen dieses Projektes Menschen in Not zu unterstützen. Die Spende an den Bezirksverband
53 vermindert sich in dem jeweiligen Monat dann um den jeweiligen konkreten Betrag.

54

55 Alle Personen, die für Die Linke in Neukölln bei Wahlen kandidieren wollen, sind aufgefordert, sich
56 zu diesen Grundsätzen zu bekennen und ihr Mitwirken bei der Umsetzung zuzusichern.